

Antrag Nr. 03-F-24-0003

CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff:

Wiesbadener Beschäftigungspolitik sichern - Kommunale Haushalte nachhaltig entlasten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.08.2003 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die städtischen Gremien in Wiesbaden unterstützen mit Nachdruck die Bemühungen des Deutschen Städtetages, bei der anstehenden Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen. Sie betonen, dass die Handlungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung in ihrer Substanz bedroht ist, wenn diese Entlastung ausbleibt.
2. Die Stadt Wiesbaden fordert Bundesregierung, Bundestag und Landesregierung auf, bei den anstehenden Verhandlungen zur Reform der Steuer- und Sozialversicherungssysteme keine Lösung zu akzeptieren, die den Kommunen finanzielle Lasten aufbürdet.
3. Die Stadt unterstützt jede sinnvolle Form einer Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Die setzt allerdings voraus, dass im Rahmen dieser Reform (Hartz IV)
 - eine wirkliche finanzielle Entlastung der Kommunen eintritt;
 - die kommunale Kompetenz bei örtlichen Maßnahmen zur Beschäftigung weiter genutzt und gefördert und
 - jeder Anreiz vermieden wird, finanzielle Lasten der Arbeitslosigkeit auf die Träger der Sozialhilfe zu verschieben.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest: Die jetzt vorliegenden Entwürfe der Bundesregierung entsprechen diesen Forderungen nicht. Sie bedürfen deshalb dringend der Bearbeitung im oben beschriebenen Sinne.

Begründung:

Wiesbaden, 04.08.2003

Bernhard Lorenz
CDU-Fraktion

Rolf Praml
SPD-Fraktion

Kai-Christofer Burghard
FDP-Fraktion

Stefan Burghardt
Fraktion Bündnis90/